

Sperrfrist:
Dienstag, 28. Februar 2006
10.00 Uhr



Es gilt das gesprochene Wort

Medienkonferenz vom 28. Februar 2006
Europapolitik: Erfolg durch Pragmatismus

Positionspapier Europapolitik 2006 von economisesuisse

Erläuterung des Inhaltes

Gregor Kündig, Mitglied der Geschäftsleitung, economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, Sie mit dem Inhalt des heute veröffentlichten Positionspapiers, das den Titel „Europapolitik: Erfolg durch Pragmatismus“ trägt, vertraut zu machen. Nach einleitenden Bemerkungen und einer Zusammenfassung unter dem Titel „Executive Summary“ enthält der Bericht fünf Kapitel. In der Einleitung erinnern wir an die bisherigen europapolitischen Standortbestimmungen von economisesuisse aus den Jahren 2000 und 2002. Wir führen darin auf, welche grundlegenden Veränderungen seit der letzten Standortbestimmung vor knapp 4 Jahren eingetreten sind.

Im ersten Kapitel finden Sie einige wichtige Eckwerte zur wirtschaftlichen Verflechtung unseres Landes mit der EU. Weitere Präzisierungen können Sie einer Unterlage entnehmen, die der Pressemappe ebenfalls beiliegt.

Das Kapitel 2 beginnt mit den positiven Erfahrungen, welche die Schweizer Wirtschaft mit den bilateralen Abkommen I und II bisher gemacht hat. Wir erinnern an die für uns wichtige Maxime der „Weltmarktkompetitivität“ und an einige Veränderungen in der EU, namentlich die Erweiterung vom 1. Mai 2004, an die Verfassungsdebatte und an die Lissabon-Agenda.

Das Kapitel 3 bildet den inhaltlichen Schwerpunkt des Positionspapiers. Wir gehen darin auf die fünf Zukunftsszenarien ein, welche der Bundesrat an seiner europapolitischen Klausur vom 26. Oktober 2005 zur Diskussion gestellt hat. Besonders detailliert setzen wir uns mit der Frage eines möglichen EU-Beitrittes auseinander. Dabei stellen wir fest, dass ein solcher schon aus staatspolitischen Gründen grosse Probleme aufwerfen würde. Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Beitritts sind aber für die Wirtschaft ausschlaggebend und fallen in unserem Urteil insgesamt negativ aus. Wir erwähnen die drei Hauptkritikpunkte: Geld- und Währungspolitik, Finanz- und Fiskalpolitik sowie Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Möglichkeit eines Beitritts „light“ gehört unseres Erachtens in die Kategorie eines unrealistischen Wunschdenkens. Der Beitritt zum EWR ist für die Wirtschaft endgültig nicht mehr interessant. Er wäre aus heutiger Sicht gegenüber dem bilateralen Weg mit

deutlichen Nachteilen behaftet. Die Probleme eines Beitrittes der Schweiz zur europäischen Zollunion werden vielfach unterschätzt. Erstens würden wir uns im Aussenwirtschaftsbereich fast nur Nachteile einhandeln. Man vergisst dabei oftmals, dass die Schweiz nicht nur in die höheren Aussenzolltarife bei Industriegütern der EU eingebunden würde und die Handlungs- und Vertragsfreiheit verlöre, sondern dass wir vom latenten Protektionismus und allfälligen Retorsionsmassnahmen der EU in der Form von Antidumpingmassnahmen und Zollquoten voll getroffen würden. Zweitens steht keineswegs fest, dass die EU zu einem solchen Schritt überhaupt Hand böte. Somit verbleibt die Fortsetzung des bereits eingeschlagenen bilateralen Weges. Dieser wird von der Wirtschaft als sinnvoll und gangbar betrachtet. Der bilaterale Ansatz ist bei weitem nicht statisch, sondern durchaus dynamisch. Die Arbeiten in den Gemischten Ausschüssen zu den bestehenden Abkommen lassen erwarten, dass Anpassungen der Vertragswerke immer wieder diskutiert und ab und zu auch initiiert werden. Dazu kommen neue Gebiete, in denen die Beziehungen im gegenseitigen Interesse vertieft und ausgebaut werden sollen. Wir erwähnen einige der bereits jetzt anstehenden offenen Fragen. Mit anderen Worten: Der bilaterale Weg ist der einzig gangbare im Verhältnis zur EU, auch wenn er nicht einfach und problemlos ist.

Das Kapitel 4 befasst sich mit den allgemeinen Fragen der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik, die sich neuerdings auf eine durchaus modern gefasste Aussenwirtschaftsstrategie abstützen kann. Diese entspricht den Gegebenheiten der zunehmend global ausgerichteten schweizerischen Wirtschaft. Allerdings sollte die neue Strategie, die vom Bundesrat und den eidgenössischen Räten vor rund einem Jahr verabschiedet worden ist, in der Praxis auch ohne Wenn und Aber und in zukunftsgerichteter Manier umgesetzt werden.

In den Schlussfolgerungen schliesslich betonen wir den internen Reformbedarf und den erforderlichen Pragmatismus gegen aussen. Die schweizerische Wirtschaft ist auf vorteilhafte und zukunftsgerichtete Rahmenbedingungen angewiesen. Sind diese gegeben, liegen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit vor. Die gesamte Volkswirtschaft kann davon profitieren.

28. Februar 2006